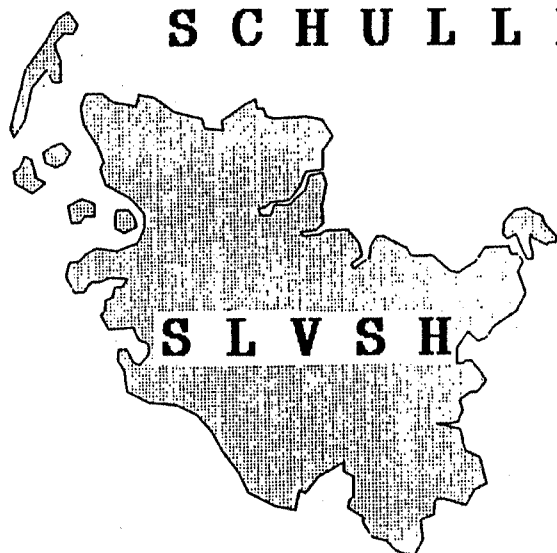




SCHULLEITERVERBAND

**SCHLESWIG -
HOLSTEIN e.V.**

I N F O R M A T I O N

1 / 1992

Impressum: Herausgeber : Schulleiterverband Schleswig-Holstein
Verantwortlich : Friedrich Jeschke, Olaf Peters
Auflage : 260 Exemplare

Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Am 31. Oktober gründeten wir in einer eindrucksvollen Versammlung in Bad Bramstedt unseren Schulleiterverband Schleswig - Holstein. In der Zwischenzeit ist der Vorstand für Sie recht aktiv gewesen. Um Sie zu informieren und Ihnen gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, Ihre Probleme, Kritik, Stellungnahmen, Ideen zu artikulieren, möchten wir versuchen, in unregelmäßigen Abständen eine Informationsschrift herauszugeben.

Wir sind keine Profis, wir machen sicher Fehler, wir sind daher auf Ihre Kritik, Ihr Lob, Ihre Mitarbeit, Ihre Beiträge und Zuschriften angewiesen.

Wir hoffen, Sie lesen diese Information mit Interesse und ziehen daraus Gewinn für Ihre tägliche Arbeit.

Mit kollegialen Grüßen

**Michael Doppke, Walter Rossow,
Friedrich Jeschke, Olaf Peters**

Anschriften:

Michael Doppke, Birkenneck 3, 2086, Ellerau, Tel: 04106-73762
1.Vorsitzender, Aus- und Fortbildung 04121-84278 dienstl.
Walter Rossow, Japoppkamp 11, 2080, Pinneberg, Tel: 04101-68275
stellvertr.Vors., Geschäftsführer, Organisation 04123-68137 dienstl.
Friedrich Jeschke, Meisenweg 11, 2448 Burg a.F. Tel: 04371-2402
Stellvertr.Vors., Rechtsfragen, Mitgliederverwalt. 04371-9613 dienstl.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand des SLVSH hat seit seiner Wahl viermal getagt. Themen waren:

Verteilung der Aufgabenbereiche, Organisationsfragen, Festlegen der inhaltlichen Arbeit, Berichte über die Tagung des SLVN (Schulleiterverband Niedersachsen), der ASD (Arbeitsgemeinschaft der Schulleiter Deutschlands) die Mitgliederumfrage Rechtsschutzfragen, Gespräche mit Vereinen, Parteien, Verbänden und dem Ministerium, Beschlüsse über den Fragenkatalog an die Parteien (nachstehend abgedruckt), die Kassenordnung, den Haushaltsplan 1992, die Vorbereitung einer Mitgliederversammlung, eine Fortbildungsmaßnahme: Einführung in die Stundenplanerstellung mit Hilfe eines Computers, Ausrichten von Bezirksversammlungen, Erstellen einer Mitgliederinformation, Kontaktaufnahme mit dem Landeselternbeirat GHS.

Die drei Vorsitzenden führten folgende Gespräche:

Mit Herrn Staatssekretär Dr. Richter wurde vereinbart, daß der SLVSH zukünftig in das Verzeichnis der anzuhörenden Verbände eingefügt wird.

Herr Dr. Bendixen von der CDU - Fraktion versicherte uns, bei einem Wahlsieg der CDU werden wieder mehr Zusammenarbeit angestrebt. Er will uns unterstützen.

Der VBE, der Raiffeisenverband, Dr. Driftmann, der Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter an Realschulen Schleswig - Holsteins e.V. haben uns Zusammenarbeit und Unterstützung signalisiert.

Der Schulräteverband ist besonders an unseren Vorstellungen zur Schulleiteraus- bildung interessiert.

Die Geschäftsführer der kommunalen Verbände wollten genaue Berechnungsunterlagen über die tatsächlich benötigten Lehr- und Lernmittel haben. Sie empfahlen, darauf zu drängen, daß Titel in den Haushaltsplänen gegenseitig deckungsfähig sind, soweit das von der Sache her vertretbar ist.

Geplant sind Gespräche mit Herrn Dr. Dohm vom IPTS über unsere Vorstellungen einer angemessenen Aus - und Fortbildung für Schulleiter und mit dem Vorstand des Landeselternbeirates der GHS.

In der Sitzung der ASD in Saarbrücken vom 28.11. - 1.12.1991 wurden wir in die ASD aufgenommen. Die ASD bleibt eine lose Verbindung der Schulleiterverbände Deutschlands.

In allen Gesprächen wurde deutlich, daß wir nicht nur Zustandsbeschreibungen vortragen dürfen, sondern, daß man von uns Lösungsvorschläge und Forderungen erwartet.

Es herrschte eine wohlwollende Atmosphäre. Unsere Probleme und Vorstellungen waren jedoch weitgehend unbekannt.

Inhaltliche Vorstellungen zur Verbandsarbeit kann der Vorstand nicht alleine entwickeln. Das wäre undemokratisch. Wir haben daher nach langer Diskussion einen Fragenkatalog beschlossen, den wir den Parteien zur Beantwortung vorlegten. Die Antworten von FDP, SSW, Die GRÜNEN fügen wir in Kopie bei. Die Äußerungen der SPD und der CDU werden nachgesandt, sobald sie vorliegen.

Es sollte eine wesentliche Aufgabe der Bezirksversammlungen sein, über diesen Fragenkatalog zu sprechen und kritisch begründete Forderungen zu erarbeiten, damit wir diese dann als Ihre Meinung vertreten können.

Schullei
z.Hd. H
Grundsc
Amanda

2200 El

Lieber F

nach me

evtl. 14

aber 100

Ich 1

Aufsatz

Mitglied

Welter

Nac

1.

Wie

Her

Küs

221

Tel

zum

ang

Wir

erp

stu

und

sch

Int

Her

2.

ein

für

Mit

Fragen an die Parteien

1) Information durch das Ministerium f. BiWiJuKu

Die Arbeit und die Stellung von Schulleiter/innen werden dadurch beeinträchtigt, daß sie häufig zu spät von Absichten und Verlautbarungen des Ministeriums Kenntnis erhalten.

Denkt Ihre Partei über Verbesserungen der Informationsstrukturen nach?

2) Verhältnis Ministerium/Schulleitung

Der dienstliche Umgang zwischen dem Ministerium und den Schulleitungen ist noch zu oft von hierarchischen Strukturen geprägt. Die Zusammenarbeit bei Planung und Umsetzung von Innovationen wird dadurch erheblich behindert.

Ist es für Ihre Partei ein Ziel, hier kooperative Entscheidungs- und Arbeitsformen zu verstärken?

3) Leitungsbedingungen

Schulleiter/innen brauchen mehr Zeit für die pädagogische Leitung der Schule! Innovationen, Motivierung und Beratung der Lehrkräfte, Gespräche mit Schüler/innen, Eltern, Kollegen und Kolleginnen sind die hauptsächlichen Aufgaben einer zeitgemäßen Schulleitung. Es geht nicht um Arbeitszeitverkürzung, sondern um Umwidmung von Unterrichtsverpflichtung zugunsten Leitungszeit. Das Streben nach (Teil)-autonomie und die hohe Unterrichtsverpflichtung für die Masse der Schulleiter/innen stehen im krassen Gegensatz zueinander. Dies wird besonders deutlich im Vergleich mit den europäischen Nachbarn

Der SLVSH fordert:

no- Kein Schulleiter darf mehr als die Hälfte der regulären Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte erteilen.

- Die tägliche Entlastung muß auch für die Vertreter an voll ausgebauten Schulen gelten.

Wie und wann will Ihre Partei angemessene Rahmenbedingungen für Schulleiter/innen schaffen?

4) Schülermeßzahlen

Der Rheinland-Pfälzische Landtag hat 1989 einstimmig die Absenkung der im Bundesbesoldungsgesetz festgelegten Schülermeßzahlen gefordert. Diese Initiative ist im Bundesrat jedoch gescheitert. Der SLVSH hält die Absenkung um ein Drittel für unbedingt erforderlich, um die Leistungsfähigkeit von Schule zu sichern. Besser noch wäre eine Abkoppelung und Neuordnung für den Beruf des Schulleiter/in.

Wie steht Ihre Partei zu diesen Forderungen?

5) Aus- und Fortbildung

Die qualifizierte Aus- und Fortbildung für Schulleitungsmitglieder ist neben Bereitstellung von wesentlich mehr Leitungszeit eine Voraussetzung für eine leistungsfähige Schule.

Der SLVSH schlägt vor:

- Die Zuständigkeit des IPTS im Hinblick auf Koordination, Abstimmung der Inhalte, Kursleiterauswahl und Kursleiterausbildung muß ausgebaut und festgelegt werden.
- Außenkompetenzen (Hochschulen, Führungsakademien) müssen auf allen Ebenen der Aus/Fortbildung genutzt werden.
- Ausbildung muß verstärkt vor Übernahme der Funktion einsetzen.
- Für Kursteilnehmer muß eine angemessene Freistellung von Unterrichtsverpflichtung gewährt werden.
- Die Auswahl der Kursleiter/innen muß besonders sorgfältig getroffen werden.
- Sämtliche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen müssen mit angemessener Seminarunterbringung verbunden sein (z. B. keine jugendherbergsähnliche Übernachtung).

Wie schätzt Ihre Partei grundsätzlich die Notwendigkeit der Aus- und Fortbildung der Schulleitungsmitglieder ein?

Wie steht Ihre Partei zu den Vorschlägen des SLVSH?

6) Ausstattung des Verwaltungsbereiches

Der Verwaltungsaufwand an den Schulen hat sich erhöht. Dies ist u.a. auf stärkere Bürokratisierung und Regelungsdichte, aber auch auf die Wahrnehmung ihrer Vertretungsrechte durch Eltern, Schüler/innen, Lehrkräfte, Personalräte und Gleichstellungsbeauftragte und die Ausweitung der Gespräche mit Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Familienhilfe. Dies erfordert eine zeitgemäße Ausstattung des Verwaltungsbereiches aller Schulen.

Wird Ihre Partei sich für landeseinheitliche Grundsätze oder Regelungen einsetzen, die den Schulen die Zuweisung einer Mindestausstattung von nichtpädagogischem Personal (Sekretärin, Hausmeister, Verwaltungsassistenten...) und Kommunikationstechnik (PC, Telefon, Telefax...) in quantitativ und qualitativ notwendigem Umfang sichert?

7) Schulträger/Haushalt

In Schleswig-Holstein werden die die Schulträger betreffenden Bestimmungen des Schulgesetzes zum Teil sehr unterschiedlich gehandhabt; dies betrifft u.a. die Bereiche Lernmittel/Lehrmittel und die selbstständige Verwaltung der Haushaltsmittel durch die Schule.

Hat Ihre Partei die Absicht, für Schulen auf den zuständigen kommunalen Ebenen in den o.g. Bereichen mehr Autonomie aber auch mehr Gerechtigkeit anzustreben?

8) Mehrfachausschreibungen von Beförderungssämtern

Die mehrfache Ausschreibung insbesondere von Schulleiterstellen nimmt deutlich zu. Wo sieht Ihre Partei die Ursachen dafür?

Wie gedenkt Ihre Partei die Attraktivität von Beförderungssämtern zu steigern?

E I N L A D U N G

zu Bezirksversammlungen

Wie schon angekündigt, möchte der Vorstand des SLVSH Sie zu vier Bezirksversammlungen einladen.

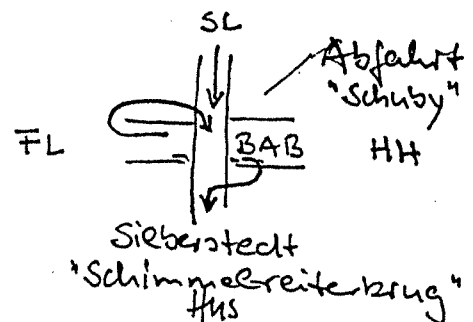
Gäste sind herzlich willkommen!

1) Dienstag, 24. März 1992 16.00 Uhr

2352 Bordesholm, Hotel zur Kreuzung, Holstenstraße 23, Tel 04322/4586

2) Mittwoch, 25. März 1992 16.00 Uhr

Silberstedt, Schimmelreiterkrug,
Siehe Skizze!



3) Mittwoch, 1. April 1992 16.00 Uhr

2400 Lübeck, Hotel Schwarzbunte, Bei der Lohmühle 11a, Tel: 0451/44777
Siehe Plan!

Der Termin mußte wegen einer Schulleiterdienstversammlung in Lübeck verschoben werden.

Bitte bis 30.3.1992 bei Friedrich Jeschke Tel: 04371/2402 oder 9613 (Schule) anmelden.

4) Donnerstag, 2. April 1992 16.00 Uhr

2210 Itzehoe, Jagdhaus Amönenhöhe, Breitenburger Weg
Siehe Plan!

Gemeinsame Tagesordnung:

1. Begrüßung und Bericht aus der Arbeit des Vorstandes.
2. Anregungen und Vorschläge der Mitglieder zu aktuellen Problemen.
3. Erarbeiten von Vorschlägen und Forderungen zu dem Fragenkatalog.
Eventuell Gruppenarbeit.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand würde sich über eine zahlreiche Teilnahme an den Mitgliederversammlungen freuen.

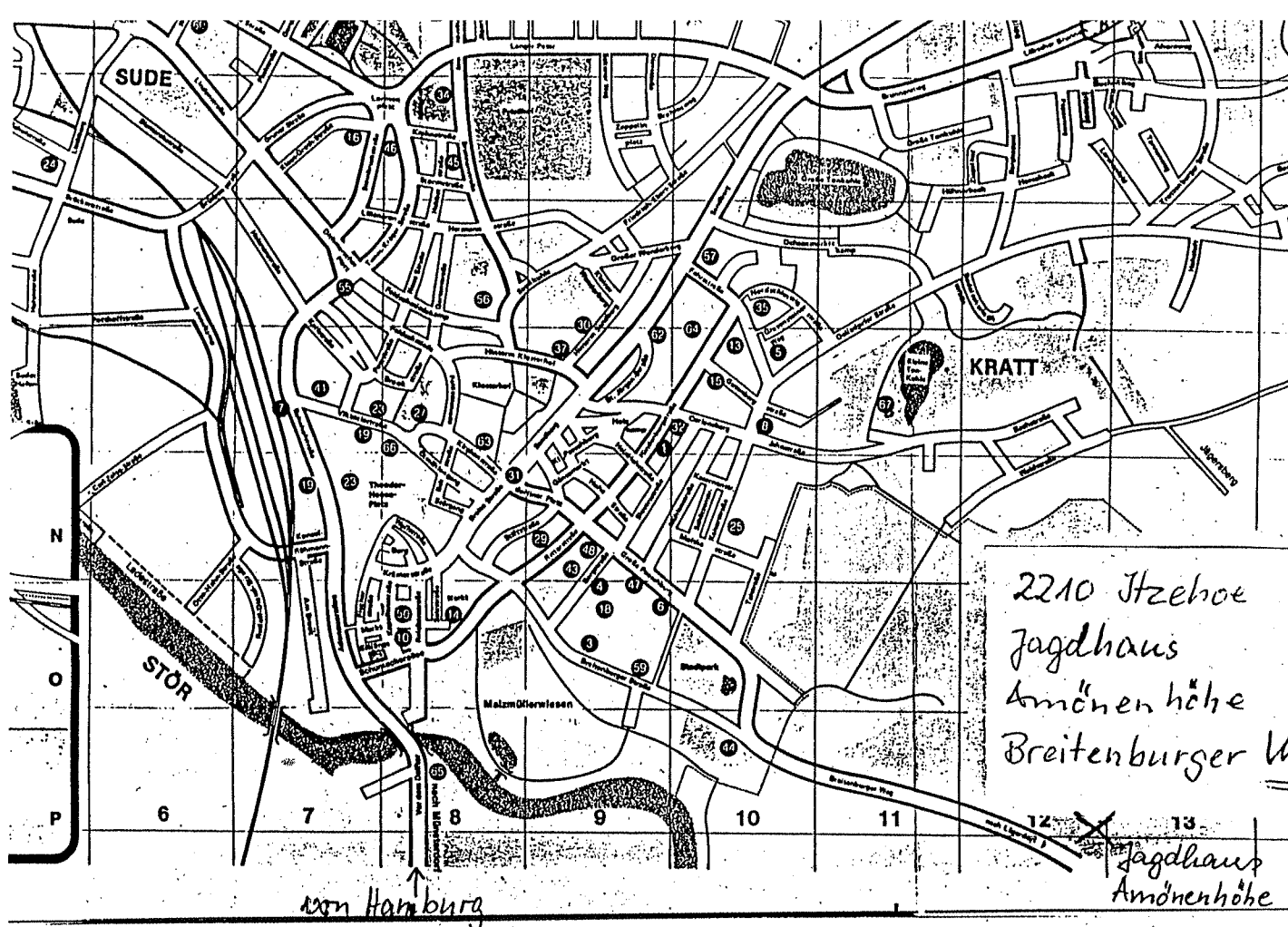
schulld
Hd. H
runds
manda

200 El

leber I

ach me
vtl.
ber jet
ich l
ufsatz
ltglied

Welte



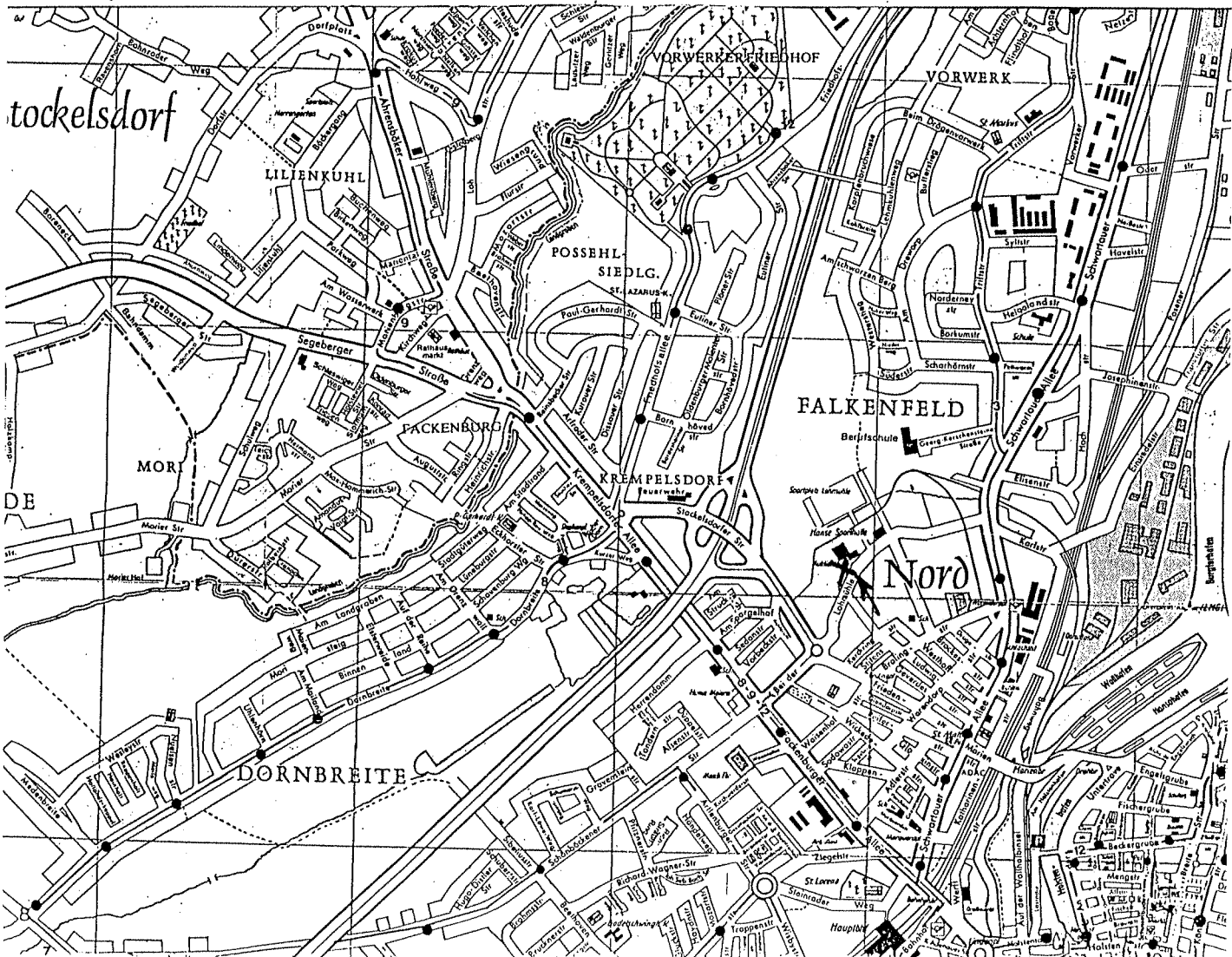
Nac

1. Wie
Her
Küs
221
Tel

zum
ang

Wir
erj
Stu
unc
sch
Int
Hei

2. ein
fü
Mit



1. über

Fragen des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (SLVSH)

an die Parteien zur Landtagswahl

- S t e l l u n g n a h m e des S S W

Flensburg, den 5.2.1992

1. Information durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft,

Jugend und Kultur

und

2. Verhältnis Ministerium / Schulleitung

Die mit den Fragen 1 und 2 - zum Teil auch durch die nachfolgenden Fragen - angesprochenen Themen fallen nicht in die direkte Kompetenz des Parlamentes, sondern betreffen die Verwaltungsebene des Ministeriums. Nichtsdestoweniger hat das Parlament eine Art Aufsichtspflicht gegenüber der Regierung und damit indirekt gegenüber den Ministerien.

Der SSW hat in den vergangenen Monaten bei mehreren Gelegenheiten - etwa anlässlich des Klausurenlasses oder jüngst bei den Berichtszeugnissen - im Parlament die unglückliche bzw. unzureichende Informationspolitik der Regierung bzw. des Ministeriums gegenüber den Schulen/Schulleitungen unseres Landes kritisiert.

Unabhängig von der Unterstützung dieser Neuerungen im Einzelfall durch den SSW stehen und fallen schulpolitische Reformen und deren Umsetzung mit einer gleichberechtigten, kooperativen Zusammenarbeit zwischen den "Praktikern" vor Ort und dem Ministerium. So kann es beispielsweise nicht angehen, erst kurz vor Schuljahresbeginn, wo Stunden- und Unterrichtspläne bereits fertiggestellt sind, kurzfristig umzusetzende Neuerungen in Mitteilungsform aus Kiel zu verkünden.

Der SSW legt demnach sehr großen Wert auf eine Verbesserung der Informationsstrukturen und kooperative Entscheidungs- und Arbeitsformen zwischen Ministerium und Schulleitungen.

- 2

- 2 -

3. Leitungsbedingungen

und

4. Schülermaßzahlen (Schwellenwerte)

Der SSW hat immer eine größere Selbständigkeit und Eigenverantwortung der einzelnen Schulen befürwortet. Gleichzeitig haben wir jedoch im Landtag darauf aufmerksam gemacht, daß das Land damit nicht die Verantwortung für eine ausreichende Ausstattung, Lehrerplanstellen und damit Unterrichtsversorgung an die einzelnen Schulen oder Schulämter delegieren kann.

Gerade die größere pädagogische und organisatorische Eigenverantwortung an den einzelnen Schulen und die gestiegenen Anforderungen an die Schule insgesamt stellen höhere zeitliche und inhaltliche Anforderungen an die Schulleiterinnen und Schulleiter. Auch die Praxis im Nachbarland Dänemark bestärkt den SSW in der Auffassung, daß verbesserte Rahmenbedingungen für Schulleiterinnen und -leiter in Schleswig-Holstein dringend geboten sind.

Dabei wird die Zielsetzung einer Unterrichtsverpflichtung von der Hälfte der regulären Stundenzahl sowie eine Absenkung der Schülermaßzahlen um ein Drittel vom SSW voll und ganz unterstützt.

5. Aus- und Fortbildung

Im Sinne der obigen Ausführungen ist die qualifizierte Aus- und Fortbildung für Schulleitungsmitglieder in der Tat eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige Schule.

Der SSW begrüßt daher die Vorschläge des SLVSH für eine Verbesserung der Aus- und Fortbildung.

6. Ausstattung des Verwaltungsbereiches

und

7. Schulträger / Haushalt

Die höheren Ansprüche an "die Schule" erfordern selbstverständlich auch im Verwaltungsbereich entsprechende Verbesserungen in qualitativer wie in quantitativer Hinsicht.

- 3

Zu 3: Leitungsbedingungen

Die von Ihnen benannten aktuellen Probleme treffen a l l e Beschäftigten an Schulen, da a l l e n Schulen eine zunehmende Fülle von gesellschaftlichen "Reparatur"-aufgaben aufgebürdet wird. Um ganz ehrlich zu sein: Die Schaffung zusätzlicher Planstellen zugunsten der Schulleitungen wird realpolitisch nicht durchsetzbar sein, da insgesamt die Entwicklung in Schleswig-Holstein auf eine hausgemachte Bildungskatastrophe zusteuert. Die Landesregierung weigert sich, die neueste Bevölkerungsentwicklung zur Kenntnis zu nehmen. Voraussichtlich wird nicht einmal der Ersatzbedarf an Lehrkräften gedeckt werden können!

Das ist natürlich keine Aufforderung an Sie, zurückhaltend mit Ihren Forderungen umzugehen. Ich befürchte nur, daß eine personalpolitische Prioritätensetzung in jedem Falle anders aussehen wird als Sie es wünschen. Gestatten Sie mir zu dem Punkt "Leitungsbedingungen" einige utopisch angehauchte Ausführungen. Schulorganisation und -leitung nach den Grundsätzen modernen Managements werden wohl nur im Zuge der Abschaffung des Beamtenstatus umzusetzen sein.

Eine Trennung von inhaltlichen und "juristischen" Anteilen der Schulleitungsaufgaben könnte dann für demokratischere und effizientere Strukturen sorgen. Voraussetzung dafür wäre allerdings eine größere Autonomie der Einzelschulen.

Vorstellbar ist folgendes: Jede Schule hätte eine/n pädagogisch-didaktische/n Leiter/in, ausschließlich zuständig für die inhaltliche Gestaltung des Schullebens, für die Vertretung der Schule nach außen. An einer Nachbarschaftsschule (Stichwort: community education) kann mit dieser Leitungsfunktion gleichzeitig die Koordination von Gemeinwesenarbeit, die Gemeindeentwicklung z.B. als Zusammenführung von Kultur- und Schularbeit verbunden sein. Er/sie ist zuständig für die Supervision der Lehrkräfte, deshalb nicht gleichzeitig deren "Dienstherr". Diese Leitungsperson sollte Moderator/in und Kommunikator/in sein. Diese Funktionen könnten auch durch ein Team wahrgenommen werden.

Gewählt wird die pädagogisch-didaktische Schulleitung durch die Schulkonferenz, bzw. durch die Schulkonferenz plus kommunale VertreterInnen.

Eine aufgaben- und leistungsdifferenzierte Bezahlung ist vorstellbar.

Getrennt von der inhaltlichen Schulleitung muß eine "verwaltende" Schulleitung institutionalisiert werden, die sich um die juristisch relevanten bzw. organisatorischen Belange einer oder mehrerer Schulen kümmert. Dabei kann es sich um reine Verwaltungsfachleute bzw. JuristInnen "mit Schulpraktikum" handeln.

Dieses Modell trägt der Tatsache Rechnung, daß SchulleiterInnen selten beides sind: gute Bürokraten und gute Pädagogen... Vor allem aber könnte es einem Verständnis von Schule als "Soziotop" dienen, in dem die pädagogische Verantwortung als gemeinsame Aufgabe aller Beteiligten begriffen wird.

Zu 4: Schülermeßzahlen

Sie sprechen eine "Neuordnung" für den Beruf SchulleiterIn an, meine Vorstellungen dazu habe ich in Punkt 3 umrissen. Grundsätzlich finde ich es problematisch, im pädagogischen Feld mit quantitativen Zurechnungen zu hantieren. Ganz lapidar gesagt: Wenn Schule mehr Spaß machen würde, weil dezentrale Entscheidungsbefugnisse und Verantwortlichkeiten mehr Geltung hätten, wäre das Problem der Schülermeßzahlen vielleicht etwas weniger drängend. Ich lasse mich aber gern detaillierter informieren.

Zu 5: Aus- und Fortbildung

Ihre Ansprüche an die qualitative und quantitative Anhebung der Fortbildungsmöglichkeiten für SchulleiterInnen finde ich grundsätzlich richtig.

Verweisen möchte ich auf ein Projekt der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, mit dem seit 1989 durch Fortbildungen zu Organisationsentwicklung und Organisationsberatung innovative Bestrebungen in die Schulen getragen werden. Sowohl Seminare wie auch kontinuierliche Beratung von einzelnen Schulen werden in diesem Projekt angeboten. Es geht einerseits darum, Reibungsverluste in Verwaltung und Organisation zu minimieren, andererseits soll die Arbeitszufriedenheit der KollegInnen sowie die Profilentwicklung der einzelnen Schule gefördert werden.

Es wäre in Schleswig-Holstein dringend an der Zeit, gezielt ähnliche Projekte auf den Weg zu bringen, um die pädagogische und organisatorische Effizienz im Schulmanagement zu steigern.

Zu 6: Ausstattung des Verwaltungsbereiches - Ja !

Zu 7: Schulträger/ Haushalt - Ja!

Zu 8: Mehrfachausschreibungen von Beförderungssämtern

In der gegenwärtigen Situation, ich spreche von der "bildungspolitische Provinz Schleswig-Holstein", kann ich mir eine zynische Antwort nicht verkneifen: Der Bewerbermangel für Schulleitungsfunktionen ist die beste Aufforderung an das Kultusministerium, für die Schulen im Lande mehr zu tun!

Eine Attraktivitätssteigerung für Beförderungssämter sollte m.E. allerdings nicht finanzrelevant sein, da eine Prioritätensetzung im Personalbereich sich auf die Neueinstellung junger LehrerInnen richten muß. Hier werden erhebliche finanzielle Anstrengungen nötig sein.

Gabriele Hanowski-Zabel

Bildungspolitische Sprecherin der GRÜNEN
Landtagskandidatin (Listenplatz 3)

Betr.: Fragen des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein zur Landtagswahl am 5. April 1992

Zu Fragen 1) und 2) - Informationspolitik des Ministeriums / Verhältnis zu den Schulleitungen - :

Die FDP. bedauert und kritisiert, daß die SPD-Landesregierung seit 1988 im Bildungsbereich gegenüber Eltern, Lehrern und Schülern oft ein ausgesprochen "obrigkeitliches" Verhalten an den Tag gelegt hat. Unter diesen Kritikpunkt fällt auch die unzulängliche Informationspolitik gegenüber den Schulleiterinnen und Schulleitern sowie deren unzureichende Beteiligung an der Vorbereitung von Entscheidungen. Die FDP. will dafür Sorge tragen, daß das Verhältnis zwischen dem Ministerium und den im Bildungsbereich tätigen Kräften - insbesondere auch den leitenden Mitarbeitern - künftig nicht mehr auf Seiten der Regierenden durch eine Wagenburgmentalität, sondern durch einen offenen und frühzeitigen Informations- und Meinungsaustausch geprägt wird.

Zu Frage 3):

Wir halten es für sinnvoll, daß Schulleiter durch eigene Unterrichtsverpflichtungen den ständigen Bezug zur Praxis des Lehrerberufs behalten. Die Freistellung für Leitungsaufgaben sollte allerdings mindestens die Hälfte des regulären Unterrichtsdeputats eines Lehrers umfassen. Auch stellvertretende Schulleiter müssen für die Erfüllung ihrer Aufgaben entsprechende Entlastungsstunden erhalten.

Zu Frage 4):

Angesichts knapper Haushaltsmittel hat die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte aus der Sicht der FDP. Vorrang vor einer mit finanziellen Mehrbelastungen verbundenen besoldungsrechtlichen Neuordnung für das Tätigkeitsfeld der Schulleiter.

Zu Frage 5):

Die FDP. sieht einen erheblichen Verbesserungsbedarf im Bereich der Lehrerfortbildung. Dies betrifft auch die Aus- und Fortbildung für Schulleitungsmitglieder. Den genannten Forderungen des SLVSH stimmt die FDP. zu.

Zu Frage 6):

Die FDP. setzt sich dafür ein, die Schulleitungen durch den Einsatz von Verwaltungsangestellten oder -beamten zu entlasten und ihnen damit künftig bessere Möglichkeiten zur Wahrnehmung ihrer eigentlichen Leitungsfunktionen zu geben. Darüber hinaus teilt die FDP. die Auffassung des SLVSH, daß es verbindliche Regelungen hinsichtlich der Mindestausstattung der Schulen mit Stellen für sonstiges Hilfspersonal geben muß.

Zu Frage 7):

Die Landesregierung hat die Aufgabe, innerhalb des Landes auch hinsichtlich der Lern-/Lehrmittelsituation an den Schulen für das notwendige Maß an Chancengerechtigkeit zu sorgen. Wünschenswert ist allerdings auch die Erhaltung und Erweiterung autonomer Gestaltungsspielräume. Wie diese Ziele besser erreicht bzw. miteinander vereinbart werden können, sollte Gegenstand einer eingehenden Erörterung zwischen Ministerium, Schulleitungen und Schulträgern sein. Die FDP. steht Vorschlägen, die in die genannte Richtung führen, sehr aufgeschlossen gegenüber.

Zu Frage 8):

Über schwindendes Interesse an Führungspositionen haben sich vor einiger Zeit auch bereits Personalchefs großer Unternehmen beklagt. In akademischen Berufen ermöglicht oft auch eine "normale" Tätigkeit ein zufriedenstellendes Einkommen. Dies trifft insbesondere natürlich für Haushalte mit zwei Vollzeit-Erwerbseinkommen zu. Die mit einer Führungsaufgabe verbundenen Zusatzbelastungen werden oft für gravierender erachtet als der mögliche Zuwachs an Einkommen und Sozialprestige. Bei den Schulen spielt *zweitens* sicher auch die Tatsache

eine Rolle, daß der öffentliche Arbeitgeber seit geraumer Zeit nur sehr wenige junge Lehrerinnen und Lehrer eingestellt hat. Der ungünstige Altersaufbau der Lehrerschaft wirkt sich möglicherweise auch dahingehend aus, daß der normalerweise "von unten" ausgehende Drang in gehobene Positionen derzeit relativ schwach ausgeprägt ist. *Drittens* ist leider nicht auszuschließen, daß die vom SLVSH festgestellte Zunahme von Mehrfachausschreibungen im Einzelfall auch auf Gründe im politischen Bereich zurückzuführen sein könnte.

Die Attraktivität von Beförderungsämtern sollte nach Ansicht der F.D.P. insbesondere durch folgende Maßnahmen verbessert werden:

- Entlastung der Führungskräfte durch angemessenen Stundenerlaß und durch Einsatz von zusätzlichem Hilfspersonal;
- Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Führungskräfte;
- Verbesserung ihrer Motivation durch eine kooperative, diskussionsfreudige Haltung der politischen Leitung;
- Heranbildung eines größeren Reservoirs an Führungsnachwuchs durch vermehrte Einstellung junger Lehrerinnen und Lehrer;
- keine politisch motivierten Mehrfachausschreibungen (zum Beispiel dann, wenn die allfällig von der "Obrigkeit" gewünschten Kandidatinnen und Kandidaten nicht im Kreis der Bewerber auffindbar sein sollten), das heißt: Vergabe von Führungspositionen nach fachlichen Kriterien und nicht nach dem Prinzip politischer Opportunität.

Dr. Ekkehard Klug

- stellvertretender Landesvorsitzender der F.D.P. Schleswig-Holstein -

10.02.92

Schulleiterverband Schleswig-Holstein
z.Hd. Herrn Rektor Doppke
Grundschule Kältenweide
Amandastr.42

2200 Elmshorn

Lieber Herr Doppke,

nach meinem Vortrag am 31.10. in Bad Bramstedt wurde ich gefragt, wo man evtl. das Vortragene nachlesen könne. Damals wußte ich es noch nicht, aber jetzt weiß ich es!

Ich lege Ihnen ein Expl. von schulmanagement Februar 92 mit meinem Aufsatz bei und stelle mir vor, Sie teilen bei nächster Gelegenheit den Mitgliedern die Quelle mit.

Weiterhin alles Gute!

Handwritten signature: IL 119

Nach Redaktionsschluß:

1. Das Stundenplanprogramm Wiesel wird von Herrn Martin Baudach Küstriner Straße 7, 2210 Itzehoe Tel. 04821/42279

zum Preis von DM 795,-- angeboten.

Wir haben es in Uetersen erprobt. Es setzt eine Stundenplanverteilung voraus und fertigt den Plan sehr schnell und gut an. Interessenten mögen sich bei Herrn Baudach melden.

2. Der SLVSH plant im Herbst eine Fortbildungsveranstaltung für Konrektoren und eine Mitgliederversammlung.

● **Rektoren Mangelware**
Die Schulleiter im Land plagen Nachwuchsprobleme. Ursachen: zu wenig Geld und Vorbereitung auf Verantwortung, schlechter Draht der Politiker zur Schule. Seite 6

6 Schleswig-Holstein · Hamburg

Mittwoch, 11. März 1992 - Nr. 60

KN

Bei Pädagogen nicht sonderlich begehrt: der Posten des Schulleiters

Elmshorn (com) Der Schulleiterposten – ein Ladenhüter? Immerhin sind zur Zeit in Schleswig-Holstein laut Kultusministerium 20 Stellen unbesetzt. Bei über 1000 Schulen auf den ersten Blick eine geringe Zahl. „Aber wenn sich nichts ändert, eine steigende“, warnen Michael Doppke und Walter Rossow vom Vorstand des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein. „Immer mehr Stellen sind unbesetzt. Die Qualität unserer Schulen ist bedroht.“ So wartet beispielsweise das Kollegium in Elmshorn auf den ersten Bewerber. Der Schulleiterposten ist nach Ansicht des Verbandes, dem seit seiner Gründung im November 1991 rund 250 Schulleiter – knapp ein Viertel aller (Di-)Rektoren – beitreten, fehlende Attraktivität der Position, die zwar erheblich arbeitsintensiver als die des „normalen“ Lehrers ist, aber nur geringfügig besser bezahlt wird. Zu pädagogischer Erfahrung seien Managerqualitäten gefordert, „die die Wirtschaft Führungskräften in Aus- und Fortbildung vermittelt, während der Schulleiter in höchstens 13 Tagen zur Führungspersönlichkeit werden muß“, so Rossow. Und Doppke: „Wir wollen nicht weniger arbeiten. Aber wir brauchen eine Umwidmung der Stunden.“ Bei weiter bereits um Hilfestellung für eigene Fortbildungsveranstaltungen haben, rennt der Verband dagegen.

mit offene Türen ein. „Im Kultusministerium müssen wir aber noch Bewußtseinsförderung betreiben“, sagt Doppke. Auch Kommunalpolitiker will der Verband gewinnen. „Beispielsweise bleiben schulgesezichte Forderungen nach Integration behinderter Kinder nur Sprüche, wenn kommunale Schulträger nicht das Geld für entsprechende Ausstattung geben.“ So wollen die Schulleiter das „vertrauensvolle Gespräch“ mit der Politik. Doppke: „Bisher fürte

der schleppende Informationsfluß vom Ministerium zu Schulleitern oft zu Schwierigkeiten bei der Personalplanung.“ So hätten viele Schulen von Ermäßigungen Stunden offiziell erst erfahren, als Stundenpläne schon geschrieben und alle Lehrer im Urlaub waren. „Anders wären Lehrerwechsel und Ärger vermeidbar gewesen.“ Von den politischen Parteien will der Verband jetzt wissen, inwieweit sie die Forderungen unterstützen. Geantwortet haben bislang aber nur FDP und SSW.



Werben um eine Lobby: Michael Doppke (41), Grundschule Kältenweide bei Elmshorn, und Walter Rossow (44), Grund- und Hauptschule Barmstedt bei Elmshorn. Foto com

